

SprecherInnen:

Sabir Ansari – Landesvorstandsmitglied MJÖ Wien
Hagar Abouwarda- Pressesprecherin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter!

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Die sogenannte „Islam-Landkarte“ ist nicht nur veraltet und voller Fehler, sie ist auch aus wissenschaftlicher Sicht fragwürdig und suspekt, da ausgerechnet ein umstrittener Wissenschaftler ein tendenziöses Regierungsvorhaben präsentiert. Dieser hat im Jahr 2017 schon einmal für Aufsehen gesorgt, als bekannt wurde, dass die sogenannte „Kindergarten-Studie“ massiv von Seiten einer Regierungspartei inhaltlich beeinflusst wurde. Für den Leiter der ÖAWI, Stephan Rixen, steht "völlig außer Streit, dass Einfluss vom Ministerium genommen wurde". Es scheint, dass die von Ednan Aslan zusammengestellte „Islam-Landkarte“ nur ein Beispiel ist, wie von einer Regierungspartei Wissenschaft instrumentalisiert wird, um rassistisch-politische Ziele zu verwirklichen.

Was ist also neu an der sogenannten „Islam-Landkarte“? Dieses Mal wurde sie nicht mehr im Kontext des Instituts für Islamische Religionspädagogik, sondern im Rahmen einer Präsentation des Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (kurz: „Dokumentationsstelle Politischer Islam“) vorgestellt. Wir sprechen von dem „Politischen Islam“ den die Dokumentationsstelle in ihrer Definition als Herrschaftsideologie beschreibt - als eine Ideologie, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten steht. Die Verfechter dieser Ideologie würden den Staat beeinflussen oder gar umgestalten wollen. Wir sprechen von dem „Politische Islam“, der laut dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats Mouhanad Khorchide „viel gefährlicher als Jihadismus“ sei.

Die InitiatorInnen der Islam Landkarte begründen ihr Projekt damit, dass sie „Transparenz zu Netzwerken, Strukturen, Ideologien und Akteuren“ des sogenannten „politischen Islam“ schaffen wollten. Gleichzeitig gab Ministerin Susanne Raab vor, dass sie keinen Generalverdacht über alle Muslime überstülpen wolle.

Die sog. „Islam-Landkarte“ unter das Dach der Dokumentationsstelle Politischer Islam zu stellen, schürt genau diesen Generalverdacht gegenüber allen genannten muslimischen Einrichtungen: von Kindergärten bis Kulturvereinen ist in der Liste alles zu finden.

Dieser Zusammenhang ist diffamierend und kriminalisiert alle gelisteten Einrichtungen. Er erzeugt letztendlich eine Stimmung des Misstrauens gegenüber allen in Österreich lebenden MuslimInnen, ganz gleich, ob sie eine dieser Einrichtungen besuchen oder nicht.

Der Europarat hat dieses Vorgehen aktuell scharf als „muslimfeindlich“ kritisiert: „Die Veröffentlichung der Islam-Landkarte Österreichs wirkt aufgrund von Form und Zeitpunkt auf viele muslimische Gläubige als Generalverdacht gegenüber dem Islam; die Landkarte kann somit antimuslimische

Ressentiments bedienen. Viele Muslime fühlen sich stigmatisiert und durch die Veröffentlichung von Adressen und anderer Details in Ihrer Sicherheit bedroht.“

Diese „Islam-Landkarte“ ist in ihrer ganzen Form hochproblematisch. Sie nährt nicht nur einen Generalverdacht gegenüber allen MuslimInnen, sondern stellt vor allem ein massives Sicherheitsrisiko für alle Betroffenen dar. Insgesamt führt dies zur weiteren Vergiftung des friedlichen Zusammenlebens und zur Spaltung unserer Gesellschaft.

Wir sehen uns daher gezwungen folgende Schritte zu gehen.

1) Auskunftsbeglehen gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Als Muslimische Jugend Österreich stellen wir daher gemäß DSGVO ein Auskunftsbeglehen an die Verantwortlichen und rufen alle Betroffenen auf, es uns gleich zu tun. Eine entsprechende Vorlage finden Sie online und kann auf Anfrage auch gerne zugesandt werden. Diese richtet sich an die im Impressum genannten Verantwortlichen: die Universität Wien mit dem Institut für Islamische Religionspädagogik, die Dokumentationsstelle Politischer Islam sowie an die Verantwortlichen der sogenannten „Islam-Landkarte“.

- Welche Daten werden und wurden von unserer Organisation (Bund und Länder) gespeichert?
- Wie werden und wurden diese Daten verarbeitet und geschützt?
- Woher stammen die genannten Daten? Bitte nennen Sie uns die entsprechenden Quellen.

Hier möchten wir ganz besonders an die Einhaltung des Vereinsrechts appellieren. Die Aussagen der Ministerin, dass diese Informationen ganz einfach öffentlich zugänglich seien, stimmen nicht. Das zentrale Vereinsregister lässt keine Stichwortsuche oder Sammelabfrage zu. Es erlaubt nur die Einsicht in den Auszug eines bestimmten Vereines, wenn der Vereinsname genau zuordenbar oder die ZVR-Nummer bekannt ist.

Deshalb stellen sich folgende Fragen:

- Wie konnte man an die Vereinsregisterauszüge von über 600 Einrichtungen sammeln?
- Wie konnte man eine solche Sammelabfrage machen, die das öffentliche Register nicht zulässt?
- Wird mit der „Islam-Landkarte“ nicht genau diese Form der Sammelabfrage ermöglicht, welche gesetzlich nicht vorgesehen ist?

Es ist unser Recht, diese Informationen zu erhalten. Wir fordern hier die Transparenz ein, die die Projektverantwortlichen gebetsmühlenartig wiederholen.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass das Auskunftsbeglehen ein Recht ist, das jeder betroffenen Person und Einrichtung jederzeit und ohne Begründung zusteht. Unabhängig davon hat jeder Verein und jede Person das Recht, die Löschung seiner bzw. ihrer Daten von der Internetseite zu fordern. So fordern wir neben der Übermittlung der Daten und der Bekanntmachung ihrer Herkunft auch die Entfernung unserer Daten von der Internetseite.

Sollte unserer Forderung nicht unverzüglich nachgekommen werden, sehen wir uns gezwungen rechtliche Schritte in Anspruch zu nehmen.

2) Beschwerde bei der Datenschutzbehörde

Wir wenden uns aber nicht nur an die direkt Verantwortlichen, sondern auch an die Datenschutzbehörde der Republik Österreich. Auch dort werden wir den Sachverhalt darstellen und auf das massive Sicherheitsrisiko und mögliche Vergehen gemäß der DSGVO aufmerksam machen und eine Beschwerde einlegen!

3) Forderung der Löschung der gesamten Seite aus dem Netz

Die genannte Webpräsenz stellt aber nicht nur für uns und unsere Mitglieder ein massives Sicherheitsrisiko dar, sie ist auch für alle anderen Aufgelisteten - und an den digitalen Pranger gestellten Organisationen - eine Gefahr. Wir schließen uns daher der Forderung des Europarats sowie des Bischofs der Evangelischen Kirche, Michael Chalupka, an – und fordern mit aller Vehemenz die gesamte und unverzügliche Löschung der „Islam-Landkarte“!

Wir haben für alle genannten Schreiben, Vorlagen erarbeitet. Diese sind auf unserer Webseite abrufbar und stehen frei zur Verfügung. Gerne senden wir diese auch auf Anfrage zu.

4) Polizeischutz für gefährdete Einrichtungen

Als Muslimische Jugend Österreich fordern wir Polizeischutz für alle Einrichtungen sowie für die genannten Wohnadressen die ohne Zustimmung auf der Karte einsehbar sind.

Muslimische Einrichtungen und FunktionärInnen sind aufgrund der vorurteilvollen Art, wie diese Karte der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, einer unmittelbaren Gefahr ausgesetzt. Bei vielen Vereinen ist es – wie bereits erwähnt - ohnehin fraglich, wie man an diese Daten und Informationen gekommen ist. Zahlreiche Vereine haben keine permanenten Büroräumlichkeiten und sind auf private Wohnadressen gemeldet.

Innerhalb der wenigen Tage, die diese Karte nun online ist, gab es Angriffe auf Moscheen und muslimisch gelesene Personen. Darunter die Moscheenschändung in Graz oder die Schreckschuss-Attacke auf zwei sichtbar muslimische Frauen in der Wiener Innenstadt. Dazu wurde eine Moschee in Salzburg mit rechtsextremen Parolen beschmiert. Uns erreichten Meldungen von Personen, die von unangekündigten Besuchern an ihre Privatadressen berichteten. Wir haben als MJÖ etliche Drohmails erhalten. Vor allem in sozialen Medien lassen viele Menschen ihrem Hass und ihren Vorurteilen freien Lauf.

Wir fordern umgehend Polizeischutz für alle Einrichtungen, Moscheen und Personen, die von der Veröffentlichung der Adressen betroffen sind. Die Polizei muss hellhörig sein und schnell und sensibel reagieren.

Die Sicherheit aller BürgerInnen ist gleichermaßen wichtig

Wir sind erschüttert über die Drohungen, die die Bundesministerin und die beiden Projektverantwortlichen erhalten haben. Drohungen sind immer inakzeptabel und ernst zu nehmen. Es ist jedoch bestürzend, dass nur jene Polizeischutz erhalten, während ein Aufschrei andere Betroffener scheinbar ungehört bleibt.

Als muslimische ÖsterreicherInnen wollen wir uns in unserer Heimat wieder sicher fühlen können. Wir fordern die Gleichberechtigung, Schutz und Sicherheit für alle BürgerInnen unseres Landes.